

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhebt die auf weitere zur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Einzelpreis für die 6spaltige Raumzeile 100 Mk. mal Wochen-Schiffszahl (Wochenz. 1.-6. 10. 20000) ...

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff

82 Jahrgang. Nr. 116.

Donnerstag / Freitag 4. / 5. Oktober 1923

Wackelt das Ministerium Stresemann?

Fast scheint es so! Die Morgenblätter wissen gar mancherlei zu berichten: Vom Rücktritt der volksparteilichen Minister von Raumer und Dr. Luther — von der Gegnerschaft der volksparteilichen Minister gegen sozialdemokratische Kollegen — von ihrer Fühlungnahme zur Heraushebung der Deutschnationalen zur ministeriellen Tätigkeit zwecks Mitschleppung an der Verantwortung und ähnliches. Verlassen die Ratten das Schiff — ?

Berlin, 2. Okt. Die „Dresd. Nachr.“ lassen sich von ihrem Berliner Mitarbeiter drohen: Die schon seit einiger Zeit merkliche Abkehr eines großen Teiles der Deutschen Volkspartei von der Politik ihres vormaligen Führers hat heute dem Kabinett Stresemann einen Schlag verleiht, der seinen Weiterbestand als ziemlich zweifelhaft erscheinen läßt. Nachdem schon heute vormittag die Fraktionen zusammengetreten waren, traten sie nach dem Empfang der Parteiführer beim Reichskanzler in den Nachmittagsstunden nochmals zusammen. Dabei erklärten sich Zentrum und Demokraten, da eine von der Volkspartei geforderte Erweiterung des Kabinetts durch die Deutschnationalen wieder in den Hintergrund getreten war, bereit, der Reichsregierung die

Vollmacht zu diktatorischen Maßnahmen zu geben. Entscheidende Bedeutung aber gewann die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei, in der die beiden Richtungen pro und contra Stresemann scharf aneinander gerieten. Die dabei gefassten Beschlüsse führten zum Rücktritt des Reichswirtschaftsministers von Raumer und des Ernährungsministers Dr. Luther. Letzterer legte sein Amt nieder, weil die Fraktion einen Ersatzmann forderte, der es verstände,

die Landwirtschaft zu bewegen, den Pflichten nachzukommen,

die ihr aus der Not des Volkes erwachsen. Weiter forderte die Fraktion eine Neubestellung des Finanzministeriums, da der gegenwärtige Minister Dr. Hilferding ihren Wünschen nicht entspreche. Verlangt wurde außerdem eine unterzügliche, durch Befehlsmacht durchzuführende, die Vertriebsverhältnisse wieder herstellende, der schweren Not der Zeit entsprechende

Erhöhung der Arbeitszeit? Die Fraktionsführung der Sozialdemokraten wandte sich vor allem gegen eine etwaige Aufnahme der Deutschnationalen in das Kabinett und eine Antastung des Achtstundentages. Jeder Versuch, der Arbeiterschaft den Achtstundentag zu nehmen, würden Fraktion und Partei zu allerhöchsten Gegenwehrmaßnahmen veranlassen. Auch wurde es rundweg abgelehnt, der Volkspartei zuliebe den Finanzminister Dr. Hilferding fallen zu lassen. Jedensfalls ergaben die Fraktionsführungen, daß unüberwindbar erscheinende Gegensätze vorhanden waren. Das Reichskabinett trat dann auch in der zehnten Abendstunde sofort zusammen, um die durch den Rücktritt der volksparteilichen Minister und die übrigen Umstände geschaffene parlamentarische Lage zu beraten. Diese Kabinettsberatungen dauerten in der ersten Stunde noch an.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Reichstagsparteien verhandeln über eine Einberufung der Deutschnationalen in die Reichsregierung. Der Putschversuch in Kustrin hat mit der Gefangennahme des Hauptführers geendet. Der bayerische Staatskommissar hat ein scharfes Streikverbot erlassen. Dem Vernehmen nach soll von der neuen Erhöhung der Lebenspreise zunächst Abstand genommen werden. Englische Berichte aus Düsseldorf besagen, daß die Zusammenstöße nicht von der deutschen Polizei veranlaßt wurden.

Goldmarkrechnung!

Am Montag hat der Zentralverband der Deutschen Kaufmännischen Vereine beschlossen, zur Goldmarkrechnung beizutreten. Der Vorstand teilt dabei mit, er sehe sich dieser Maßregel genötigt, weil er nicht weitere starke Verluste über sich ergehen lassen wolle. Man habe festgestellt, daß durch die Wirkung der Preisstreuerverordnung Verbindung mit der schnell fortschreitenden Geldentwertung das Vertriebskapital und die Warenbestände der Kaufmannschaften auf ein durchaus unzulängliches Maß reduziert worden seien. Daher wird nun den Kaufmannschaften empfohlen, die Warenabgabepreise auf Goldbasis zu stellen und den Papiermarkpreis tagweises Maßstabfaktor zu bestimmen. Kerner fordert

Der Kustriner Anschlag abgetan.

Ueber den Putschversuch in Kustrin, den Major a. D. Buchruder einleitete, liegt heute folgender Bericht vor:

Im Morgengrauen des 1. Oktober ließ Buchruder alle wichtigen Punkte und Zugänge der Stadt besetzen und begab sich selbst mit anderen Rädelsführern in die Kommandantur, um zu verhandeln. Der Kommandant aber, Oberst Gudovius, ließ sich nicht auf Verhandlungen ein, sondern handelte mit der größten Energie. Die Führer ließ er ungehört verhaften, einen nachdrängenden Stoßtrupp nahm die Wache fest. Pionierbataillon 3 und eine Schwadron der Fahrbatterie wurden alarmiert und herbeigerufen. Vor ihr zogen sich die Aufständischen bis in den Zeughof zurück, wo sie eingeschlossen wurden. Das Wehrkommando III hatte auf die erste Nachricht von den Ereignissen hin den Oberst v. Eshed und Truppen aller Waffen in Marsch gesetzt, um den Aufstand unter allen Umständen niederzudrücken zu können. Das Pionierbataillon, das keine schweren Waffen besitzt, mußte sich bis zu ihrer Ankunft auf die Absperrung beschränken. Es wies gegen Abend einen Vorstoß eines schwächeren Trupps auftrübrer ab, die zum Teil in Autos von außerhalb gekommen waren, um die Eingeschlossenen zu entsetzen. Die Angreifer hatten hierbei einen Toten, zwei Schwer- und vier Leichtverwundete.

Nach dem Eintreffen der Verstärkungen ergaben sich die im Zeughofe eingeschlossenen, im ganzen 381 Mann, von denen man 13 als Rädelsführer ansehen konnte. Dazu wurden noch 30 Mann festgenommen, die den Entschlußversuch von außerhalb gemacht hatten.

Standhaftigkeit der Rubreisenbahner.

Essen, 2. Okt. Die Gewerkschaften der Eisenbahner und Beamtenverbände der Reichsbahndirektion Essen haben beschlossen, den Dienst nicht wieder aufzunehmen, wenn nicht die Franzosen auf die Bedingungen bezgl. der Ablegung des Dienstweides auf die Regie und Abgabe einer Pflichtenklärung verzichten und wenn nicht sämtliche Ausgewiesenen zurückkehren dürfen.

Die große Nation

Essen, 2. Okt. Aus Freude über die Aufhebung des passiven Widerstandes haben sich die französischen Soldaten in fast allen Städten sinnlos betrunken und sich schwere Ausschreitungen gegenüber der deutschen Bevölkerung zu Schulden kommen lassen. In den Grenzen des Einbruchgebietes werfen die Franzosen Verschmutzungen auf und ziehen Drahtverbau, anscheinend in der Befürchtung eines aktiven Angriffes aus dem unbefestigten Gebiet.

Klätliches Ergebnis der Goldanleihe

Berlin, 2. Okt. Das Ergebnis der Goldanleihe steht vorbehaltlich geringfügiger Ergänzungen fest. Es wurden insgesamt 164 788 194 Mark Gold gezeichnet, und zwar: gegen Mark 129 788 194 Mark Gold, gegen Devisen 30 852 809 Mark Gold, gegen Dollaranleiheausweisungen 2 596 553 Mark Gold, gegen Goldmarkquittungen 986 630 Mark Gold.

... die Regierung auf, die Preisstreuerverordnung so abzuändern, daß den letzten Veräußerern und Verteilern von Lebensmitteln und notwendigen Bedarfsartikeln die Anwendung der Goldmarkkalkulation bei der Festsetzung der Warenabgabe- oder Verkaufspreise nicht erschwert wird. Von der Papiermarkwährung hat aber — und das macht diesen Beschluß einer Konsumentenorganisation besonders bemerkenswert — der Warenabnehmer, der Verbraucher, immer noch Nutzen, wenn man so sagen will, gehabt. Seine Lebenshaltung wurde einigermaßen dadurch noch möglich gemacht, daß die Warenpreise unter Goldwert blieben. Bei diesem privatwirtschaftlichen Vorteil dachte man weniger an den großen volkswirtschaftlichen Nachteil, der aus dem unterwertigen Verkauf der Waren entstand. Nun haben aber die Genossenschaften als Einkaufs- und Warenverteilungsorganisationen diesen Nachteil am eigenen Leibe verspürt, haben bemerkt, daß sie bei einem allzu starren Festhalten an der Papiermark sich ebenso ausverkaufen wie sich, im großen genommen, die deutsche Volkswirtschaft auf diesem Wege ausverkaufe.

Wir sind im vollen Übergang, ja, wohin? Der Reichsrat hat sich am Montag mit dem Gesetzentwurf über die Errichtung einer Währungsbank beschäftigt, und dabei wurde für die Bestimmung der Währungsreform besonders die Sicherstellung der Ernährung ins Feld geführt. Der bekannte Währungsentwurf Helfferichs wollte eine Roggenmark als neue Währung schaffen und auch den Nachdruck mehr auf die ernährungs- als währungspolitische Seite legen. Die Roggenmark sollte die Erneuerung in Bewegung setzen.

Man hilft sich jetzt bei einem Ankauf der Getreidemengen durch die Reichsgetreidegesellschaft dadurch, daß die Behörde ihre Käufe durch Vergabe von Goldanleihegeschinen bezahlt, die andererseits wieder von der Landwirtschaft als Stenerzahlungsmittel verwendet werden können. Man kann auch heute noch nicht die Ansicht unterdrücken, daß mit der Goldanleihe ein vielleicht besserer Weg zur Lösung der Währungsfrage gegeben war, als durch den künstlichen Aufbau der neuen Währungsbank.

Jede Währung, soweit sie nicht reines Goldesmittel ist, also jederzeit in Gold eingelöst werden kann, ist aber verbunden mit der Wirtschaft wie der Ziegler mit der Uhr. Daher ist im Reichsrat auf's Schärfste darauf hingewiesen worden, daß alle Währungsreformpläne überflüssige Arbeit sind, wenn nicht die Reparationsfrage, die wie ein Alpdrück auf unserer Wirtschaft lastet, einigermaßen tragbar gelöst, wenn vor allem nicht unsere Gütererzeugung so weit gesteigert wird, daß unsere Handelsbilanz wieder aktiv wird. Ebenso wurde die dritte Voraussetzung, die unmittelbar mit der Lösung der Reparationsfrage zusammenhängt, von neuem unterstrichen, daß der Reichshaushalt mit dem Gleichgewicht gebracht werden muß. Das sind nicht drei nebeneinander herlaufende, sondern drei ineinander verknüpfte und von einander abhängige Forderungen; aber die wichtigste von ihnen ist die Steigerung der Gütererzeugung.

Von den neuen Reichsratsbeschlüssen über die Währungsbank ist für diese Produktionssteigerung einer besonders wichtig; die Währungsbank soll nämlich verpflichtet sein, zur Gewährung von Krediten an die Wirtschaft einen Beitrag von 1200 Mill. Reichsmark der Reichsbank und den privaten Notenbanken zur Verfügung zu stellen. Das setzt voraus, daß die gesamte Wirtschaft, vom Rohstoffabrisantien über die Fertigwarenindustrie bis zur letzten Warenverteilungskette hinab, in Goldmark kalkuliert. Die Papiermark muß zur Scheidemünze herabgedrückt werden, wodurch der privatwirtschaftliche Vorteil einzelner endlich ausgeschaltet wird. Nur unter dieser Bedingung ist auch eine Beseitigung des unerträglichen Zustandes möglich, daß bei der Gewährung der Reichsbankkredite, daß überhaupt im Recht und in der Gesetzgebung Mark gleich Mark gesetzt wird. Aus dieser läßt sich nicht mehr mit der Wirtschaft übereinstimmenden, rein theoretischen Anschauung sind der Reichsbank die riesigen Kreditverluste erschwachen, die dann mit Hilfe der Notenpresse wieder hereingebracht, freilich nur auf dem Papier hereingebracht wurden.

Wenn die neue Währung ihre Hauptaufgabe darin sieht, die Milliarden von Reichsmarkausweisungen und die Papiermarken abzusaugen, wenn sie vor allen Dingen dazu in der Lage ist, dann gehen wir wenigstens einer Währungs- und Kalkulationsgesundheit entgegen. Und das ist besonders deswegen notwendig, weil die deutsche Wirtschaft gerade in der Gegenwart vor die größten und schwierigsten Aufgaben gestellt ist, so daß das Währungsrisiko bis auf ein Minimum herabgedrückt, vor allem aber die zeit- und arbeitskraftraubende Papiermarkkalkulation schleunigst und endgültig beseitigt werden muß.

Politische Rundschau.

Änderung der Devisenverordnungsverordnung. Eine neue Verordnung verfügt, daß Devisenbanken im Sinne der Devisengesetzgebung die Banken und Bankiers oder deren Zweiganstalten sind, soweit sie Mitglieder der an ihrem Sitz befindlichen Abrechnungsstelle der Reichsbank sind und auch vor dem 12. September 1923 Devisenbanken waren. Die gefasste Abwicklungsfrist wird bis zum 13. Oktober 1923 verlängert für diejenigen Banken und Bankiers, die nach der Verordnung vom 11. September nicht mehr Devisenbanken sind, aber einen Antrag auf weitere Zulassung als Devisenbank bei der zuständigen Landesbehörde oder der von dieser bestimmten Stelle gestellt haben.

Die Ententebotschafter beim Kanzler. Der Reichskanzler hat die Ententebotschafter empfangen und ihnen offiziell von der Aufhebung des passiven Widerstandes und der Verordnungen, die zu dessen Aufrechterhaltung ergangen waren, Mitteilung gemacht. Dabei dürfte der Kanzler auch die Frage erörtert haben, unter welchen Gesichtspunkten nun eine Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet erfolgen soll und kann. Auch über die Möglichkeiten und Voraussetzungen von Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich dürfte dabei gesprochen worden sein.

Der Papst über Deutschlands Tragödie. Das mit dem Vatikan in enger Verbindung stehende Blatt „Nuovo Paese“ gibt, indem es für die Authentizität einsteht, die folgenden Worte des Papstes wieder, die er zu dem Kardinalstaatssekretär geäußert haben soll: „Die Nachrichten über die deutsche Tragödie zerreißen mir das Herz. Morgens und abends bete ich für den Frieden der Völker; denn was kann ich mehr tun, als beten. Möge Gott meine Gebete erhören für die Kinder, ach, verla-